

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung von Haus zu Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Lieferung eines Vierteljahres monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Straßband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung. Verlags- und Expeditions-Büro: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate haben die achtzest. Nonpareilzeile über deren Raum 1,20 M., Wortanzahl das letzte Zeile Wort 20 Pl., jedes weitere Wort 20 Pl., Einrückungszahlung 70 Proz. Bei sonstigen u. Veranlassungsangelegenheiten ist der Zuschlag fest. Interate für den betriebl. folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Druckerei-Verwaltung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Anwendung des Belagerungszustandes.

Neue Verbote.

Oberkommando Mosk.
Berlin, den 26. August 1919.
Vendlerstraße 13.

An die Schriftleitung der „Freiheit“.
Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe am 26. 8. 19 einen Aufruf „An die revolutionäre Arbeiterklasse“, dessen unwahre Behauptung eine Gefahr für die Ordnung und die Existenz des Staates bedeutet. In dem Aufruf wird gegen die deutsche Regierung der Vorwurf erhoben, „sie führe blutigen Krieg gegen die oberösterreichischen Arbeiter“, eine schändliche Entstellung des tatsächlichen Sachverhalts, die angesichts der festgestellten Invasion polnischer Banden und während der schwebenden Verhandlungen mit der Entente dem Hochverrat nahe kommt, die aber verständlich ist, da der Zusammenhang der von der „Freiheit“ unterstützten kommunistischen Elemente mit den Polen feststeht. Es wird verhofft, durch einen, jeden wahren Sachverhalt verdringenden Aufruf an die „Proletariat im Waffenrock“ die Armee in regierungsfeindlichem Sinne zu bewegen. Daß die öffentliche Meinung durch planmäßige Verleumdung der Tatsachen täglich in dieser Weise weiter verunreinigt wird, kann nicht geduldet werden. Im Interesse des ungestörten Aufbaus der neuen Staatsoberordnung und der Gesundung unseres wirtschaftlichen Lebens wird sich daher das Oberkommando Mosk. im Falle der Wiederholung derartiger Verstöße veranlaßt sehen, die „Freiheit“ auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu verbieten.

Der Oberbefehlshaber.

J. R. von Lüttich, General der Infanterie.

2

Berlin, 26. August.

Verordnung betreffend Verbot von Flugblättern.

Auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes wird für den Landespolicbezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim der Druck und Vertrieb von Flugblättern aller Art verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Oberkommandos in jedem einzelnen Falle.

Der Oberbefehlshaber.
Mosk.

Offizielle Nachschrift: Wie wir erfahren, wendet sich die Bevölkerung gegen das Ueberhandnehmen der Flugblätter und ihren Inhalt. Die ungeheure moralische und politische Gefahr, die aus diesem Unfug erwächst, begründet die Notwendigkeit dieser Maßregel, die auch im Interesse der öffentlichen Ordnung schon deshalb erforderlich erscheint, weil es sich bei der Verteilung derartiger Flugblätter zu Tumulten und Unruhen ereignet hat. In Zukunft sind also alle Flugblätter vor ihrem Erscheinen dem Oberkommando vorzulegen, das Flugblätter, die nicht dem Zwecke der Beruhigung dienen, selbstverständlich genehmigen wird.

2

Berlin, 26. August.

Verordnung betr. Änderung und Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1919.

Der § 3 der Verordnung vom 3. März 1919 erhält folgende Fassung:
Das Neuerscheinen von Tageszeitungen und periodischen Druckschriften ist verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Oberkommandos.

Der Oberbefehlshaber.
Mosk.

Offizielle Nachschrift: Bisher war bereits das Neuerscheinen von Tageszeitungen abhängig von der Genehmigung des Oberkommandos. Da in der letzten Zeit Berlin mit einer

Fülle von periodischen Druckschriften überschwert worden ist, die meist verkehrenden oder unrichtigen Inhalt haben, ist eine Kontrolle auch dieser Zeitschriften notwendig geworden.

Berlin, 26. August.

Verordnung

betreffend den An- und Verkauf von Schusswaffen, Munition und Sprengmitteln.

Auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes wird für den Landespolicbezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim folgendes verordnet:

Der An- und Verkauf von Schusswaffen, Munition und Sprengmitteln ist grundsätzlich verboten. Der Verkauf wird zugelassen für solche Firmen und Personen, die beim Auguststeueramt zum Handel mit Waffen und Munition angemeldet sind, in folgenden Ausnahmefällen:

1. im Großhandel (Lieferung an Wiederverkäufer auch im Auslande) nach vorheriger schriftlicher Genehmigung des Oberkommandos in jedem einzelnen Falle. Die Genehmigung ist nicht erforderlich für den Großhandel mit Jagd- und Scheibenwaffen (Schrotflinten, Leßdinger, Luftgewehre, Büchsen, die mit Jagdscheher oder Jagdsfestung versehen sind), sowie dazu gehöriger Munition.
2. im freien Handel (Verkauf an Einzelpersonen zum Selbstgebrauch).
 - a) an Inhaber von Jagdscheinen in bezug auf Jagd- und Scheibenwaffen sowie dazugehöriger Munition,
 - b) an jeden Inhaber eines Waffen- und Munitionsbesitzscheines, für dessen Ausfüllung die Ortspolizei zuständig ist.

Die Stellung erfolgt nach denselben Grundfähen wie bei Waffenscheinen. Der Verkäufer hat den Verkauf auf dem Schein zu bemerken und ihn der Polizeibehörde, die ihn ausgestellt hat, unverzüglich wieder zuzuführen.

Der Waffenschein berechtigt nur zur Führung der Waffe und zwar nur derjenigen, für die er ausgestellt ist. Waffenscheine, die vor dem 1. April 1919 ausgestellt sind, verlieren ihre Gültigkeit am 15. 9. 19, die die am 1. April 19 ausgestellt am 30. 9. 19. Die Inhaber haben bis zu diesem Termin die Erneuerung zu bewirken. Die neuen Waffenscheine sind mit den Lichtbild des Inhabers zu versehen.

Die Verordnung vom 28. 6. und 6. 7. 19 wird aufgehoben. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der Oberbefehlshaber
gen. Mosk.

Nachricht der Redaktion:

Die erste Verordnung, die mit dem Verbot der „Freiheit“ droht, bezieht sich auf den Abdruck des Aufrufs des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie, den wir in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht haben. Im übrigen haben wir nichts dazu zu sagen. Einer Kritik dieser Verordnung, wie auch der anderen Verordnungen, bedarf es nicht, die Arbeiterschaft wird sich selbst ihr Urteil darüber bilden.

Blutige Zusammenstöße in Mitan.

Gehorsamsverweigerung deutscher Truppen.

Kurz vor Redaktionsschluss geht uns ein längerer Bericht über die Gehorsamsverweigerung eines Teiles der zum Abtransport bestimmten deutschen Truppen in Mitan zu. Die meuternden Truppen überließen zwei lettische Kompanien und plünderten die lettische Kommandantur. Graf v. d. Wolz, der Befehl erhalten hatte, nicht mehr nach Mitan zurückzufahren, kehrte auf eigene Verantwortung dorthin zurück, angeblich, um seinen Einfluß auf die Truppen geltend zu machen. Die deutsche Regierung appelliert an die im Baltikum kommandierenden Truppenführer, daß sie die Truppen über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen sollen. Der ganz offiziöse Bericht jedoch liest sich wie eine Rechtfertigung der Meuterer und der hinter ihnen stehenden Drahtzieher. Wir kommen in der nächsten Nummer auf diese Angelegenheit zurück.

Der Protest der Arbeiter.

In ungeheuren Scharen war gestern das Berliner Proletariat dem Rufe der Unabhängigen Sozialdemokratie gefolgt, um gegen die Pogromhebe, den Militarismus und die sich regende Konterrevolution zu demonstrieren. In den abendräumten 64 Versammlungen waren nach annähernder Schätzung über 100 000 Personen anwesend. Sämtliche Versammlungsorte waren überfüllt, in vielen Fällen mußten Parallelversammlungen in anderen Räumen oder unter freiem Himmel abgehalten werden.

Das Interesse, das das Berliner Proletariat den Protestversammlungen unserer Partei entgegenbrachte, der Ernst, mit dem es den Ausführungen der Referenten folgte, die Empörung, die oftmals spontan bei den Zuhörern zum Ausbruch gelangte, zeigen, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit die Berliner Arbeiterschaft die Ereignisse der inneren und äußeren Politik verfolgt und auf die wichtigsten Vorgänge reagiert. Der letzte Gewaltstreich der Regierung gegen den Volksrat hat die Empörung und den Groll der Arbeiter bis zum Äußersten gesteigert und die Gefahren offenbart, die das Proletariat von allen Seiten bedrohen. Im Lichte dieser letzten Gewalttat trat die sich immer mehr zuspitzende innerpolitische Situation mit aller Deutlichkeit hervor. Sie war es vor allem, die die Arbeiterschaft zum Protest aufreizte und mutige Anklage gegen die Regierung, diese scheinsozialistische Kulisse der Konterrevolution, erheben ließ.

Aber auch außerhalb forderte die gesamte inner- und außenpolitische Situation, daß die revolutionäre Arbeiterschaft ihrem Willen in machtvollen Kundgebungen Ausdruck gab. Unter wohlwollender Förderung der Regierung und der herrschenden Parteien macht sich immer deutlicher eine Wiederbelebung des alten Nationalismus bemerkbar, der das deutsche Volk zur Katastrophe getrieben hat. In mannigfaltigen neuen Verkleidungen tritt dieser Nationalismus wieder an die Oberfläche. Er benutzt jeden Anlaß, um wieder festen Boden zu finden und das Leben des Volkes zu beherrschen. Dieser Nationalismus tritt uns überall entgegen: in dem Revanchegedankens der alldutschen Bankrottdeure, in der nationalistischen Hebe, die aus Anlaß der Kriegsgefangenenfrage getrieben wird, in der antisemitischen Pogromagitation, die durch tausend Kanäle ins Volk fließt und die Straßen mit ihrem Schmutz erfüllt. Dieser nationalstische Aufschwung, der von einem großen Teil der bürgerlichen Presse gefördert wird, geht Hand in Hand mit dem Erstarken des Militarismus in Stadt und Land. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß die Niederlage und der Friedensvertrag den Militarismus in Deutschland beseitigt haben. Nein, dieser Militarismus lebt, er wird gezeugt und gepflegt von den feudalen, kapitalistischen Schichten, die hinter der Kulisse der scheinsozialistischen Regierung ihre alten Machtpositionen wieder eingenommen haben und die nur das eine Ziel kennen: mit Hilfe der brutalen Gewalt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse niederzuhalten und das alte Kaiserreich wieder aufzurichten.

Die Neuerungen des neu erstarkenden Militarismus hat die revolutionäre Arbeiterschaft so deutlich an ihrem Leibe verspürt, daß sie keiner weiteren Beweise seiner Existenz bedarf. Doch immer wieder sieht sie sich genötigt, zu diesem Hauptproblem der inneren Politik Stellung zu nehmen, wenn sie sieht, mit welcher fieberhaftem Eifer die Agitatoren, die Kapitalisten, die Offiziere ihre militärischen Vorbereitungen treffen, mit welcher unheimlicher Planmäßigkeit sie am Werke sind, die Reichswehr, die Einwohnerwehren, die städtische Polizei, die Kriegervereine usw. in Instrumente der Gegenrevolution zu verwandeln und mit ihrer Hilfe nicht nur die von der Entente aufgezwungene Einschränkung der militärischen Macht zu umgehen, sondern auch das Proletariat in Fesseln zu schlagen.

Doch diese Neuerungen der erstarkten Gegenrevolution im Innern sind es nicht allein, die das Proletariat auf den Plan rufen und zu erhöhter Wachsamkeit und Kampfbereitschaft anfeuern. Auch auf dem Gebiete der äußeren Politik haben sich dunkle Wolken zusammen, die die Zukunft des Landes, das Schicksal der deutschen Revolution bedrohen. Unter Duldung der Regierung, unter tatkräftiger Förderung der oberen militärischen Stellen ist im Osten ein konterrevolutionäres Heer geschaffen worden, das am konzentrischen Voranschreiten der Entente und ihrer Hilfskräfte

gegen Sowjetrußland Anteil nimmt. In Deutschland selbst und in den östlichen Randländern verbrüdern sich die kaiser-treuen Offiziere mit konterrevolutionären russischen Generälen. Sie erneuern die preußisch-russische Junkerallianz und betreiben im größten Stille den Menschenhandel im Dienste der verbündeten deutsch-russischen Konterrevolution. Mit dem Blute der in Deutschland zusammengestellten Söldnerscharen wird aber nicht nur dieses Bündnis, das Bündnis zwischen Kaiserismus und Faschismus, gekittet, mit ihm wird auch das Wohlwollen der Reichthümer der Entente erkauft, um mit ihrer Hilfe den neugeschaffenen Militarismus lebendig zu erhalten und die Vorbereitungen zu schaffen für die Befestigung der feudalkapitalistischen Ordnung in Deutschland.

Auf diesen Punkt spitzt sich heute das inner- und außenpolitische Problem Deutschlands zu. Die nächsten Wochen werden allem Anschein nach Ereignisse von größter Tragweite im Osten vorausbeschreiben. Hierzu trifft die deutsche Konterrevolution ihre Vorbereitungen. Für sie sind Pogrombege, Militarismus sowie die Offensive im Osten nur die Glieder einer Kette, mit deren Hilfe sie die deutsche Revolution zu erwürgen hofft. Mehr als je muß die deutsche Arbeiterschaft jetzt auf dem Posten sein, um den drohenden Gefahren, die größer sind als viele noch ahnen, als geschlossene Masse zu begegnen. Daß sie dazu bereit ist, das haben die gestrigen Massenkundgebungen in Groß-Berlin mit aller Klarheit dargetan.

In allen gestrigen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Nach monatelangen Vorbereitungen deckt die militärisch-monarchistische Gegenrevolution mit erschütternder Offenheit ihre Karten auf.

Dank der unzulässigen, arbeitserfindlichen Politik der Regierung ist das kaiserliche Junkertum wieder in den Besitz seiner früheren Macht gelangt. Es beherrscht die Verwaltung und die Armeen, es terrorisiert die Landbevölkerung und durch sie auch die Städte, es spinnt ein Netz gegenrevolutionärer Verschwörungen über das ganze Land.

Die Hochfinanz und die Schwerindustrie unterstützen die Mächte der kaiserlichen Gegenrevolutionäre. Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse leisten ihnen aus Furcht vor dem Proletariat fast keinen Widerstand. Die rechtssozialistische Partei und ihre Regierungsmänner dienen vorläufig nur als Kulis, hinter der der Aufmarsch der Gegenrevolution sich vollzieht. Die zu Rechtsextremen aus rechtssozialistischen bestehenden Regierung hat durch ihre verräterische Politik, die sich auch jetzt in dem Gewaltstreik gegen den Berliner Volksrat äußert, die Arbeiterkassen mehrmals gemacht und der Gegenrevolution Tür und Tor geöffnet.

Als Mittel zur Vorbereitung der offenen Gegenrevolution wird neben einer verheimlichtigen Heide gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eine schamlose antisemitische Propaganda entfaltet. Diese aus dunkelsten Quellen gespeiste Propaganda, die nur als Deckmantel für die gegenrevolutionäre arbeitserfindliche Agitation dient, spekuliert vor allem auf die unangeführten Massenproletarischen Elemente, um mit deren Hilfe die Klassenbewegung des Proletariats niederzuschlagen.

Demselben Zweck dient neben der von kaiserlichen Offizieren zurückgeführten Söldnerarmee im Innern die Aufstellung einer konterrevolutionären Armee im Osten, die ihre Spitze sowohl gegen die russische Sowjetrepublik wie gegen die deutsche Republik richtet. In der Aufstellung dieser mit den russischen Weihen Garben verbündeten Armee wie in der Förderung der Verbrüderung russischer Gegenrevolutionäre in Deutschland kommt die neuerhandene preußisch-russische Junkerallianz zum Ausdruck, die um den Preis der Niederwerfung der deutschen und russischen Revolution um die Anerkennung durch die Entente wirbt.

Gegenüber diesen drohenden Gefahren darf das deutsche Proletariat nicht in Untätigkeit verharren. Die Versammelten rufen die gesamte werktätige Bevölkerung auf, sich zur Abwehr der Gegenrevolution um das Banner der revolutionären Sozialismus zu sammeln. Sie rufen sie auf, allen vorbereitenden Maßnahmen der Gegenrevolution mit ver doppelter Wachsamkeit zu begegnen. Sie rufen sie auf, der vergiftenden antisemitischen Pogrombege ebenso entschiedenen Widerstand zu leisten wie allen sonstigen Maßnahmen der Reaktion, die auf die Verstärkung des Militarismus und Kapitalismus hinstreben.

Die Versammelten rufen die arbeitenden Klassen insbesondere auf zur Abwehr der konterrevolutionären Gefahr, die im Osten aufmarschiert und sowohl die deutsche wie die russische Revolution bedroht.

Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß deutsche Soldaten, jetzt, wie in den schlimmsten Zeiten des kaiserlichen Absolutismus als Kausensfutter für die Zwecke der internationalen Reaktion veräußert werden. Sie protestieren gegen die im Osten betriebene verbrecherische Politik der Regierung, die die Gefahr innerer und äußerer Wirren heraufbeschwört.

Die Versammelten protestieren in schärfster Weise gegen die Vergewaltigung des Volkswort, der das Vertrauen der über großen Mehrheit der Groß-Berliner Arbeiterschaft genützt. Auch diese Gewaltmaßnahme der Regierung wird die Arbeiterschaft nur noch mehr anfeuern, die Unabhängige Sozialdemokratie und den Volksrat in ihrem Kampf um die Interessen der proletarischen Revolution und des Sozialismus zu unterstützen. (Beschlussfassung siehe S. 2. Seite.)

Enttäuschung

Der „Vorwärts“ ist sehr ungehalten über das Resultat der Arbeiterversammlung. Gätte die Versammlung den Streik beschlossen, so hätte der „Vorwärts“ heute eine wütende Schimpfkanonade gegen die Führer des Wirtschaftswortes losgelassen. Da ihm dieses Konzept verdrort worden ist, folgt er von einer Niederlage der Führer, die zum Streik geführt hätten. In Wirklichkeit ist davon natürlich keine Rede; die „Führer“ vermeiden es vielmehr auf das peinlichste, die Versammlung zu beschuldigen. Sie sollen eben ihre Rolle nicht dahin auf, daß sie zu kommandieren und die Massen zu gehorchen haben, sondern sie fühlen sich als Vertrauensmänner, die die Bedürfnisse der Massen auszuführen haben. Sie haben sich in der gestrigen Versammlung darauf beschränkt, eine ganz objektive und ungeschminkte Darstellung der momentanen Lage zu geben, und haben im übrigen die Vertrauensmänner der Betriebe auf Grund der Berichte, die aus den verschiedenen Betrieben gegeben wurden, selbst entscheiden lassen. Ihre Zurückhaltung ging soweit, daß aus der Mitte der Versammlung heraus

logar der Vorwurf erhoben wurde, sie ließen es an Führung und eigener Stellungnahme fehlen. Der Vorwurf war sicher unberechtigt, denn gerade solche Massenkundgebungen müssen aus dem freien, unbefangenen Willen der Massen selbst hervordringen, die auch selbst die Verantwortung für solche Beschlüsse tragen müssen. Aber er beweist, wie unheimlich das immer wiederholte Märchen ist, daß früher allerdings das Monopol der bürgerlichen Presse war, und erst jetzt zum immer wiederholten Lüge der rechtssozialistischen Presse geworden ist, wonach es die schlimmen Geister sind, die die Streiks „machen“.

In Wirklichkeit spricht aus dem „Vorwärts“ nur die Enttäuschung darüber, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Verlaß sich nicht auf jene Wege begeben hat, auf denen sie Rolle gern finden möchte. Daß sie damit sehr recht getan hat, zeigen auch die Reaktionen anderer Blätter. So veröffentlicht das „Acht-Uhr-Abendblatt“ Mitteilungen von „maßgebender militärischer Seite“, wonach der neue Umsturz ausgerechnet am Jahrestage der Revolution, am 9. November, von linksradikaler Seite bestimmt ins Werk gesetzt werden wird. Die „militärische Seite“ kann eben keinen Tag vorübergehen lassen, ohne ihre Notwendigkeit mit samt der Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, seiner fortwährenden Verschärfung und den andauernden Verfolgungen immer aufs neue zu beweisen. Aber diese Lügen offensibaren zugleich, wie dringend das Bedürfnis gewisser militärischer Stellen ist, Arbeit zu haben. Daß das Berliner Proletariat ihnen dazu keine Gelegenheit gegeben hat, scheinen sie recht mißmutig zu empfinden. Aber auch das beweist die Wichtigkeit dieses Verhaltens.

Wenn der „Vorwärts“ sich damit zu trösten sucht, daß er einen Verzicht der gestrigen Versammlung gegen die parlamentarische Betätigung in den Vordergrund rückt, so möchten wir ihm vorläufig raten, sich noch zu gedulden. Die Abrechnung mit den Rechtssozialisten wird auf jede Weise erfolgen, auch bei den Wahlen, und die Hoffnung, daß die Rechtssozialisten dem Volksgericht entgehen werden, steht auf sehr schwachen Füßen.

Die Partei der Ordnung und der Bajonette.

Auch die Rechtssozialisten haben gestern „demonstriert“. Ihr Bezirksvorstand versammelte die Vorstandsmitglieder, Betriebsausschüsse und Arbeiterratmitglieder um sich, um die jüngsten politischen Vorgänge zu besprechen. Es wurde festgesetzt, daß die rechtssozialistische Partei sich als „Ordnungs“partei etablieren müsse. Herr Büchel kritisierte leise das Verbot der Vorbereitung von Flugblättern. Herr Krüger, der Vorsitzende des Bezirksverbandes, sagte, daß der Verzicht „gelappt“ zwischen Militärsystem und Demokratie bevorstehe. Der „Vorwärts“-Redakteur Erwin Barth schlegelte dies nach mehr Polizei. Es sei notwendig, daß man sich mit Bajonetten sichern müsse. Am Ende wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen einen Generallstreik erklärte.

Die rechtssozialistische Partei hat also ihren wahren Beruf entdekt. Sie ist zur „Ordnungs“partei geworden, die sich nur noch auf Bajonette stützen kann.

Eine Falschmeldung.

Noch keine Rückkehr der Gefangenen aus England.

Western vormittag wurde die Nachricht verbreitet, daß die englische Regierung am 30. August mit der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus England beginnen wolle, und zwar sollten täglich 3000 Mann befördert werden. Herr Ebert hat diese Nachricht bei seinem Besuche in München ausdrücklich bekräftigt. Nun kommt aber aus Bad Homburg folgende Mitteilung:

Der Stab der Gruppe Rhein erhielt heute vormittag die Mitteilung, daß der zugelagte Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen vom Obersten Allieriertenrat sistiert worden ist. Somit bleibt die Gefangenensfrage einseitigen auf dem bisherigen Stand.

Mit der Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England meint es also vorläufig nicht zu werden. Der „Lokal-Anzeiger“ meint dazu, man sehe wieder einmal, daß mit den bisherigen Mitteln bei unseren Feinden nichts auszurichten ist. Das Blatt nennt leider die anderen Mittel nicht, die Deutschland der Entente gegenüber anwenden soll, damit sie die deutschen Gefangenen wieder herausgibt. Sollen wir etwa einen neuen Krieg beginnen?

Die Entrüstung der Alldeutschen darüber, daß die deutschen Kriegsgefangenen noch immer nicht in die Heimat zurückkehren können, ist weiter nichts als eine Heuchelei. Sie haben nicht begreifen einzunehmen gehabt, daß die russischen Kriegsgefangenen nach dem Abschluß des Friedens mit Rußland noch jahrelang in Deutschland zurückgehalten wurden, nur weil die Großgrundbesitzer billige Arbeitskräfte brauchten. Sie haben immer wieder für die Verlängerung des Krieges gewirkt und schließlich wollten sie sogar den Abschluß des Friedens verhindern und Deutschland der Besetzung durch die Ententeheere preisgeben. Durch ihre demagogische Entrüstung verschlimmern sie nur die Lage der deutschen Kriegsgefangenen. Freilich haben an all diesen Dingen die Rechtssozialisten keine geringere Schuld als die Alldeutschen.

Für die rasche Heimförderung der Kriegsgefangenen.

Bern, 26. August.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Brief vom 22. August beim Interalliierten Obersten Rat für eine mögliche rasche Heimförderung der Kriegsgefangenen aus den Ententeländern. Trotz des formellen Grundes, daß der Friedensvertrag immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgeschriebenen Heimführung der Kriegsgefangenen nun doch nichts mehr im Wege stehen, und man müsse schon jetzt die Mittel und Wege dafür prüfen. Das heute vorliegende Problem erscheine infolge der großen Zahl von Kriegsgefangenen in den Ententeländern, die sich auf die verschiedenen Gegenden auch außerhalb Europas verteilen, verwickelter als seiner Zeit die Heimführung der alliierten Kriegsgefangenen aus den Zentralstaaten.

Wenn die Heimführung der beträchtlichen Menschenmassen sofort nach Inkrafttreten des Vertrages beginnen würde, so würde sie schon vor Eintritt des Winters beendet sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die in Artikel 215 vorgesehene Sonderkommission in den Stand gerückt wird, ihre Arbeiten sofort zu beginnen und daß ferner gleichzeitig Kom-

missionen eingesetzt werden, um mit der Interalliierten Nation zu beraten. Diese Maßnahmen würden beweisen, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Winterkriegsgefangenschaft aussetzen und Ausnahmen treffen wolle, um die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Verhandlungen der Ententekommission.

Gleiwitz, 26. August.

Die Ententekommission hatte heute Verhandlungen mit der Reichswehrbrigade Gleiwitz. Gleiwitz wurde eine Abordnung aus Gultschin empfangen. Sodann begab sich die Ententekommission nach Hindenburg und Piasnitz. Wie verlautet, wird sich die Kommission einige Tage in Oberschlesien aufhalten.

Hindenburg, 26. August.

Die Ententekommission traf unter Führung des englischen Oberstleutnants Tidbury nachmittags, von Gleiwitz kommend, hier ein und verhandelte mit den Vertretern aller deutschen und polnischen Parteien, um die Ursachen des Aufstandes festzustellen. Auch die Streikenden brachten ihre Beschwerden vor. Die Kommission begab sich dann nach Piasnitz, wo wiederum die Vertreter aller Parteien zu einer Konferenz geladen waren. Sodann fuhr die Herren nach der Gubawitzgrube und der Schlesiengrube. Als Vertreter des Staatskommissars und der Schlesengrube, als Vertreter der Arbeitersekretär Wisch und Hinderburg. Morgen wird der weitere ober-schlesische Industriebezirk bereist. Der Kommission sind zwei Dolmetscher beigegeben.

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes.

Breslau, 26. August.

D.T.A. teilt mit: Nachdem im ober-schlesischen Industriegebiet wieder Ruhe und Ordnung eingeleitet sind, die Arbeit in den Gruben und Hüttenwerken zum großen Teil wieder aufgenommen ist, nunmehr keine Gefahr mehr besteht, daß die Arbeitwilligen durch terroristische Akte von der Arbeit abgehalten werden und durch das tatkräftige Eingreifen der Reichswehrtruppen der Zustand der polnischen Injurigenten und Sozialisten niedergeschlagen ist, bei der Reichs- und Staatskommission für Schlesien und Westpreußen im Einvernehmen mit dem kommandierenden General des 6. Armeekorps den am 18. August 1919 verkündeten verschärften Belagerungszustand aufgehoben, der über Oberschlesien mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Reuschstadt, Reiche, Gronow und Jollenberg verhängt worden war. Es treten somit wieder die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Kraft, die vor dem 18. August 1919 galten haben.

Die Streiklage.

Kattowitz, 26. August.

Die Streiklage ist mitzuteilen: Das Rheinische Revier arbeitet auf 100 Prozent. Im Biesler Revier arbeiten auf 90 Prozent. Emanuellegen-Grube 70 bis 80 Prozent, auf den anderen Gruben nur 20 bis 30 Prozent. Auf den staatlichen Gruben arbeiten die Berginspektion I und II voll, auf der Berginspektion III 65 Prozent. Im Zentralrevier arbeiten die Gruben bis 80 Prozent. Der Arbeitsstand aller ober-schlesischen Gruben arbeiten heute nur 20 Prozent, auf der Gott-mit-und-Grube überhaupt niemand eingesparten. Die Verwaltung hat beschließen, die Grube still zu legen, da der Betrieb nicht wirtschaftlich ist.

Winnigs Überufung.

Der Rechtssozialist Winnig ist endlich von seinem Posten als Gesandter bei den Regierungen Lettlands und Estlands abberufen worden. Herr Winnig soll aber weiter seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen und Westpreußen und als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Ostpreußen ausüben.

Die Abberufung des Herrn Winnig kommt viel zu spät. seiner Willigung ist monatelang in den baltischen Ländern ein unheilvolles Spiel getrieben worden, das uns den Pöbel lettlandischen und estlandischen Bevölkerung eingetragen hat und doch nicht verhindern konnte, daß die deutsche Politik in Baltikum einen vollständigen Zusammenbruch erlebte. Herr Winnig ist ein unheilvoller Wirker ist es anzuschreiben, daß die Gegenrevolutionäre die russischen Disziplinierungen als ihr Aufmarschgebiet betrachteten konnten.

Herr Winnig ist aber noch nicht vollständig kaltgestellt. Es ebenso wenig scheint die Regierung daran zu denken, seine Annahmegrößen von der Art des Hering in Oberschlesien von ihren Posten zu entfernen.

England gegen die rheinischen Lösungsbestrebungen.

H. N. Oers, 26. August.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Der Sonderreporter von Londoner Seite erfahren zu haben, daß in der jüngsten Zeit erste Zwistigkeiten zwischen England und Frankreich die Befestigung des linken Rheingebietes und wegen der Frankreich fortwährend befürworteten Propaganda für eine rheinische Republik entstanden sind. England nimmt entschieden ablehnende Haltung dagegen ein, und ist sich besonders über die gefährliche Form der französischen Propaganda auf. England hat die Franzosen wissen lassen, daß die Ausdehnung dieser Bewegung auf das von den Engländern besetzte Rheingebiet entschieden abgelehnt werden wird und daß weiter die Auslieferung Dr. Dortens vorzuziehen ist, sowie die Veröffentlichung eines britischen Befehls, daß Änderungen in der Verwaltung des Rheingebietes ohne vorherige Genehmigung stattfinden darf.

Gehe gegen Juden und Deutsche.

Wien, 26. August.

D.T.A. meldet: Die Blätter der öffentlichen Meinung über gegen die Deutschen und Juden gerichtete Hetzpropaganda und Straßenschilder beschreiben und zerstört wurden. In den Auswertungen waren auch bestimmte Damen der besseren Gesellschaft beteiligt.

Gegen Pogromhebe, Militarismus und Konterrevolution.

Rochend geben wir in gedrängter Kürze die Berichte über die Protestdemonstrationen, soweit sie und zugegangen, wieder: In Haverlands Festhän, Neue Friedrichstraße, sprach Genosse Reichert. Stort besuch war die Versammlung in den Musikanten-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße. Hier sprach Genosse Künstler. Neulösa besonders wirkungsvoll gegen die Pogromhebe. Er zeigte, daß weder die Juden noch die Proletarier die Urheber alles Übels seien, sondern die kapitalistische und imperialistische Gesellschaft. Stürmischen Beifall erntete der Redner, als er ausführte: Wir reichen unseren jüdischen Brüdern und Schwestern die Hand zur gemeinsamen Abwehr gegen Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus.

In der außerordentlich gut besuchten Versammlung in der Badbrauerei sprach Gen. Berger.

Im Lager in der Greifenalder Straße sprach Gen. Gahner. Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Die Versammlung fand des großen Andranges wegen auf dem Hofe statt.

Die Union-Festhän, Greisworder Straße, waren schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Viele Genossen und Genossinnen mußten umkehren. Genosse Teschke überließ in seiner Rede den Auswärtigen der Konterrevolution, die Verwendung deutscher Truppen und deutschen Materials gegen Sowjet-Rußland. Er kennzeichnete scharf die Pogromhebe der Alldeutschen gegen das jüdische Volk und fragte unter jüdischer Zustimmung der Versammlung, ob die Kriegsverbrecher und Gewalttäter Ludendorff, Erzberg, Krupp, Stinnes und Hoffen auch Juden seien. Die ganze Hebe solle den wahren Sachverhalt verschleiern und die Schuld an den Juden schieben.

Im Gewerkschaftshaus sprach vor einer dichtgedrängten Menge Genosse Jachow. An das kurz gehaltenen Referat schloß eine ausgedehnte und lebhaft Diskussions, die sich im wesentlichen um die Frage des Generalstreiks und über die Einigung des Proletariats dreht. Besonders lebhaft wurde für die Verschmelzung von U. S. P. und A. P. D. eingetreten. Hier wurde eine Resolution angenommen, die sämtliche Genossen zum Austritt aus den Parlamenten auffordert und zur praktischen Aktion im Reich auffordert.

In Graumanns Festhän wandte sich Genosse Dillbeheim besonders gegen die Judenhebe. Ein im Saal verbreiteter Flugblatt richtete sich gegen die Hebe des Ausschusses für sogenannte Volkswirtschaft, welcher in einem Flugblatt den Münchener Gesetzmord auch den Juden in die Schuhe schiebt, obwohl der erschossene Professor Berger selbst Jude war.

Im Lokal „Süd-Ost“ in der Waldemarstraße 75 wurde eine Parallelversammlung abgehalten. Es sprachen die Genossen Krille und Hofmann. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Die Diskussion war sehr reger und bewegte sich im Rahmen des Referats.

Eine riesige Menge hatte sich in den Andreas-Festhän versammelt. Nicht nur der große Saal, sondern auch Kellereien und Räume waren von einer dichten Menge besetzt. Gen. Jost schilderte das Erstarken der Gegenrevolution und wies auf die Gefahr kriegerischer Verwicklungen im Osten hin. In der Diskussion wurde das Verlangen nach einer Einigung der Massen laut, ebenso wurde gefordert, daß die Führer der Einigung der Massen Rechnung tragen müssen. Einige Rednerinnen appellierten an die anwesenden Frauen, auch im gegebenen Fall für die Interessen des Proletariats durchzukämpfen.

Eine Parallelversammlung fand noch bei Schmeltan, Grüner Weg 27, statt, wo Genosse Mathies referierte.

Bei Doerflinger, Weberstraße, in überfülltem Saal referierte Gen. D. Weyl vor etwa 1000 Personen. In martialischem Worten schilderte er das verräterische Treiben der sozialistischen Regierung und deren Hintertücker.

In der Rönigspark, Gr. Frankfurter Str., sprach Gen. Brandt vor einer impotenten Zuhörerschaft. Er brandmarkte die Gesetze gegen die Juden und wies darauf hin, daß sich unter den Verantwortlichen und Hauptbühnern des riesigen Weltkriegsverbrechens keine Juden befinden, und daß diese Pogromhebe nur dazu dienen soll, die revolutionäre Arbeiterschaft von ihrem Ziel abzulenken. Reicher Beifall folgte seinen Worten.

Die nach der Schulaula in der Kliffiter Straße einberufene Versammlung mußte nach dem Garten verlegt werden, da lange vor Beginn der Versammlung die Aula überfüllt war. Gen. Stimminger referierte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Viehhofstraße waren etwa 4000 Personen erschienen. Die vorgelegte Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Die Versammlung in der Schulaula Glogauer Straße war sehr überfüllt. Die Versammelten nahmen den Vortrag des Genossen Richter mit großem Beifall auf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Teilnehmerzahl ca. 600-700 Personen.

Die Versammlung in der Schulaula Reichenberger Straße war sehr gut besucht. Die Ausführungen des Gen. Kollmerhaus wurden mit Beifall aufgenommen. Der Resolution wurde einstimmig zugestimmt.

In den Pharusälen waren lange vor Beginn der Versammlung der große Saal und der Garten gedrängt voll. Bis weit auf die Straße hinaus standen diejenigen, die keinen Platz finden konnten. Die Genossen Oltrowitz und Milenz referierten. Beide ließen nur die nüchternen Tatsachen sprechen. Das Echo der ihre Worte fanden, verriet unbedingten revolutionären Geist.

Die Versammlung in der Schulaula Flugstraße war mit ca. 400-500 Personen laudeten den Ausführungen der Genossen Lungen. Nach einer im zustimmenden Sinne gehaltenen Diskussion wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

In den Borussia-Sälen sprach Gen. Schindler. Der Resolution wurde von den beinahe 1000 Versammlungsbesuchern zugestimmt.

Im Klostergarten in Bismarck versammelten sich über 6000 Personen, so daß Saal und Garten überfüllt waren. Es sprachen die Genossen Dr. Rasse und Neumann. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Auf dem Hofe der Schke in der Grünthaler Straße haben sich etwa 2500 Personen eingefunden. Der Referent Gen. Jense plante vor allem die Gefahr der Konterrevolution die sich im Osten organisiert. Er zeigte, daß der Antisemitismus ein gegenrevolutionäres antisozialistisches Kampfmittel ist. In der Diskussion sprachen 2 Kommunisten und ein Sozialist, welche den lokalen Generalstreik forderten. Der Referent trat im Schlußwort gegen vorgelegte unbedingte Forderungen auf.

6000 Personen besuchten die Versammlung auf dem großen Hof in der Kleimstraße. Gen. Reichhals fand jüdischen Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In der Versammlung in der Schulaula Müller. Es sprach Genosse Wegmann. Die Aula erwiderte für die ca. 1500 erschienenen Zuhörer zu klein, so daß die Versammlung in den Hof verlegt wurde. Die Resolution fand

auch hier begeisterte Aufnahme; die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Weltrevolution.

Die Versammlung in der Schulaula in der Pappelallee, in der Canosseloch referierte, war von ca. 3000 Personen besucht. Die Aula reichte nicht aus alle Teilnehmer zu fassen, deshalb wurde die Versammlung auf dem Hof abgehalten. Nach den begeistert aufgenommenen Ausführungen des Genossen Reich wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Die Resolution des Zentralvorstandes fand einstimmige Annahme.

In der Rindl-Brauerei in Neulösa wurde die von etwa 6000 Personen besuchte Versammlung im Garten abgehalten. Von zwei Tribünen herab referierten die Genossen Stein und Dr. Freund. Außer der allgemeinen Resolution wurde hier noch die folgende angenommen: „Wir fordern vom Parteivorstand der U. S. P. sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Abtötung der russischen Sowjet-Regierung zu verhindern und das deutsche Proletariat zum Kampf gegen die immer unverhüllter hervortretende Reaktion aufzurufen.“

Bei Klemm in der Hasenheide reichte der große Saal nicht aus, um die Besucher zu fassen. Der Garten war ebenfalls überfüllt. Die Genossen Joseph Schneider und Hermann Ritter erzielten starken Beifall. Die Resolution wurde in beiden Versammlungen angenommen.

Der große und kleine Saal des Charlottenburger Volkshauses wie auch der große Garten waren von Besuchern dichtgedrängt, viele fanden jedoch keinen Einlaß mehr. Es waren mindestens 3000 Personen anwesend. Referenten waren die Genossen Adolf Hofmann, Kianer und Däbede. Einige Reichsozialisten schüttelten erlaunt über den ungeheuren Besuch den Kopf. Ob sie sich nun noch immer Reichspartei nennen werden.

In Schöneberg war der Andrang so stark, daß die Versammlung vom Saal in den Schulhof verlegt werden mußte. Genosse Jessel sprach unter jüdischem Beifall zum Thema des Tages. In der Diskussion sprach ein Kommunist für die Einheitsfront. Es waren ca. 3000 Personen versammelt.

In Friedenau sprach Genossin Weyl im Bürgeraal vor über 1000 Zuhörern.

In Johannaistal war die Versammlung sehr gut besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Adlershof sprach Genosse Peiffer vor ca. 1000 Personen. Sein Referat fand begeisterte Zustimmung bei den Zuhörern, ebenso die vorgelegte Resolution. Eine Diskussion fand nicht statt.

Im „Schwarzen Adler“ in Mariendorf sprach Genosse Kruse vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft. Der Saal erwies sich als zu klein, so daß viele umkehren mußten.

In Oberschöneweide referierte vor ca. 2000 Personen Genosse Jeuner. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Tempelhofer lauschten ca. 700 Personen den eindrucksvollen Worten des Genossen Herzfeld. Starker Beifall erfüllte den Saal, als Redner die Gegenrevolution der Rostke-Ebert-Schilde, der Verräter des Sozialismus, enttüllte. Viele Aufnahmen für den Wahlverein der U. S. P. wurden vollzogen. Die Protestresolution fand einstimmige Annahme.

In Lichtenberg füllten über 5000 Personen die Versammlung im Café Bellevue. Die Ausführungen des Referenten Gen. Salewski wurden wiederholt durch Beifall unterbrochen. Nach einer kurzen zustimmenden Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen.

In Reinickendorf-West war schon lange vor Beginn der Versammlung der große Saal in Graumanns Brauerei bis auf den letzten Platz gefüllt. Weit über 1000 Zuhörer folgten aufmerksam den Ausführungen des Referenten Gen. Max Ulrich, der bei seinen Ausführungen oft vom Beifall unterbrochen wurde. Am Schluß der Versammlung waren viele Unterschriften für unsere Partei zu verzeichnen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In Tege: referierte Genosse Reid vor ca. 2000 Personen; viele Besucher mußten wegen Ueberfüllung des Lokals umkehren. Nach der im zustimmenden Sinne gehaltenen Diskussion wurde die Resolution einstimmig angenommen.

In Pantow war die Versammlung von ca. 2000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Zimmermann. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

In Weihenstep waren im Garten des Restaurant „Deutsches Jell“ über 3500 Personen versammelt. Genosse Käte gezielte in scharfen und treffenden Worten die Nationallisten, die unter dem Schutze der sogenannten sozialistischen Regierung von der Offizierskommando im Osten betrieben werden, des weiteren die Pogromhebe und das Treiben der Gegenrevolutionäre im Innern des Reiches. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Rosenthal referierte vor etwa 1000 Personen Genosse Dietz.

Niederschöneweide. Die Versammlung im Rathshaus, in der Gen. Kiesel referierte, folgte den Ausführungen mit großem Interesse. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kaumhulkenweg. In der überfüllten Versammlung bei Wangsd erntete der Genosse Jubeil stürmischen Beifall für seine trefflichen Ausführungen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Niedriger hängen!

Genosse Richard Müller schreibt uns:
Nach Berlin zurückgekehrt, finde ich in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 23. August gleich zwei Schmühereien des gelben Volksgewisses. Im Hauptblatt versucht Herr Hans Büchel seine verlogene Hebe fortzusetzen, und in der Beilage ist es ein Herr Reinknecht, der auch beweisen will, daß für seine Tätigkeit nicht umsonst die Korruptionsgelder der Reichsozialisten ausgegeben werden. Herr Franz Büchel äußert den Wunsch, die Diskussion mit den Mitgliedern des rechtmäßigen Volksgewisses in der Öffentlichkeit fortzusetzen. Wir haben weder Zeit noch Lust, uns mit solchen Leuten auseinander zu setzen. Diese Herren läßeln ihre Bedeutungslosigkeit, bestirn auch nicht das nötige Wissen, um über die Streitfragen der Gegenwart sachlich zu diskutieren und suchen jetzt durch Umdeutung politischer Gegner von ihrer Existenz Kunde zu geben.

Herr Reinknecht, ehemals Angestellter des Volksgewisses, kommt auf eine Verhandlung des Volksgewisses mit seinen Angestellten zurück und zitiert einige Sätze meiner Ausführungen, um den Anschein zu erwecken, als ob ich ein Gegner der Forderungen der Angestellten sei und nichts von einem Mitbestimmungsrecht derselben wissen will. In jener Sitzung habe ich erklärt, daß man bei den Angestellten des Volksgewisses nicht von Angestellten im landläufigen Sinne sprechen könne. Ich erblickte in den Angestellten meine Mitarbeiter und habe sie dementsprechend behandelt. Sie waren nicht tätig für ein kapitalisti-

sches Unternehmen, sondern wirkten mit in einer revolutionären Körperchaft, die von jedem Mitglied eine aufopferungsvolle, von allen oogenen Motiven freie Tätigkeit erfordert. Als die Angestellten unter Führung des Herrn Reinknecht Forderungen aufstellten, die diese hohe ideale Stellung der Angestellten befechtigen und ein Verhältnis schaffen wollten, wie man es in kapitalistischen Betrieben findet, habe ich mich, auch im Interesse der Angestellten, scharf dagegen ausgesprochen.

Die Herren Reichsozialisten haben mich dabei nicht unterbühlt. Die Wünsche des Herrn Reinknecht wurden erfüllt. Als sich dann später daraus Unzuträglichkeiten ergaben und die Herren Reichsozialisten Beschwerde erhoben, da habe ich sie gefragt, warum sie damals meine Bemühungen nicht unterbühlt haben. Da erklärten diese Herren: „Du hast ja in unserem Sinne gesprochen, wir konnten dazu gar nichts mehr sagen. Unser Schweigen bedeutete unsere Einverständnis.“ So liegen die Dinge.

Herr Reinknecht liefert einen neuen wertvollen Beitrag zur Kennzeichnung des gelben Volksgewisses. Nachdem die Reichsozialisten den Volksgewiss gezwungen hatten, verbreiteten sie im ungeheuren Mengen ein von Lügen und Verleumdungen strotzendes Flugblatt. In diesem Flugblatt wurde auch die Tätigkeit der Angestellten des Volksgewisses in der gemeinsamen Weise heruntergerissen. Sie sollten „so gut wie gar nicht für den Volksgewiss produktiv tätig gewesen sein.“ Sie sollten sich „durch Stundenarbeiten hohe Tagegelder erschlischen haben usw.“ Und dann heißt es in dem Flugblatt wörtlich: „Und das alles unter dem Schutze von Richard Müller und Genossen.“

Nachdem wir diese Schmüherei entsprechend gekennzeichnet hatten, versucht es jetzt Herr Reinknecht mit neuen Verleumdungen, indem er behauptet, ich hätte die Forderungen der Angestellten abgelehnt; und ihnen das Mitbestimmungsrecht verweigert. Also er widerlegt selbst die schamlosen Behauptungen des ersten Rednerwortes des gelben Volksgewisses.

Ich enthalte mich jeden weiteren Kommentars. Es genügt, diese Schmühereien niedriger zu hängen.

Das lächerliche Dementi.

Es soll nicht moht sein, daß Schutzhäftbefehle gegen verschiedene Mitglieder des Volksgewisses vorliegen. Wir halten demgegenüber unsere Meldung aufrecht. Auch im Juni leugnete man, als wir melden konnten, daß eine ganze Liste aller neuerlichen „Anwärter auf die Schutzhäft“ aufgestellt worden sei. Und doch war auch diese Meldung moht. Hatte sich doch um die Herstellung der Liste sogar die 3. Nachrichtenabteilung der Preussischen Staatsregierung — die harmlose, sie unterhält keine politische Polizei! — das Kommando Büttlich und das Garde-Kavallerie-Schützenkorps bemüht!

Der „Weltverbrecher“ Rabel außer Verfolgung gesetzt!

Wie wir erfahren, ist Rabel am Dienstag in Gemäßheit des Antrages des Staatsanwalts durch Beschluß der Gerichtskammer 4 des Landgerichts I außer Verfolgung gesetzt. Die Zeitungsnachricht, die diese Tatsache bereits vor einigen Wochen zu melden mußte, war falsch. Mehr als sechs Monate mußte Rabel unter den haltlosen Anklagen des Aufruhrs, Landesfriedensbruchs, Sprengstoffverbrechens, der Aufreizung zum Massenmord (!), Weheimbänderei und Urkundenfälschung in Unter suchungshaft schmachten, zuerst wie ein wildes Tier gefesselt. Selbst den unflüglichten Denunziationen wurde in der Voruntersuchung nachgegangen. Die Tätigkeit Rabels als Mitglied der russischen Regierung wurde zum Gegenstand zeitweilender Forderungen gemacht. Alles war vergeblich. Aber obgleich Rabel nichts Strafbares zur Last gelegt werden konnte, ist er jetzt in militärische Schutzhäft genommen worden, wogegen selbstverständlich sofort von seinem Verteidiger Weidweide eingelegt worden ist.

Der amerikanische Senat für Beendigung des Kriegszustandes.

Verfaßtes, 26. August.
Nach dem Sonderberichterstattung des „Echo de Paris“ in Washington ist der Beschluß des Senatsausschusses für ausländische Angelegenheiten, betreffend Schantung, in Amerika als Kriegserklärung an Wilson ausgesetzt worden. Die republikanische Opposition sei jetzt sicher, die Ablehnung des Friedensvertrages zu erlangen. Sie wolle vorschlagen, daß der Kongress eine Resolution annehmen solle, durch die der Kriegszustand für beendet erklärt und der Präsident ermächtigt werde, geschäftliche und diplomatische Beziehungen mit den feindlichen Ländern wieder aufzunehmen. In den Wilson nachstehenden Kreisen vertritt man die Ansicht, daß, wenn das Amendement des Senatsausschusses angenommen werde, England, Frankreich, Italien und Japan wieder zu ihrem gemeinsamen Abkommen von 1915 zurückgreifen würden, und daß dann Schantung doch in Händen Japans bleibe.

Ein internationaler Bergarbeiterkongress in Amsterdam.

H. N. Amsterdam, 20. August.
In Amsterdam fanden heute Besprechungen zwischen den Führern der Bergarbeiterbewegung aller Länder über die Abhaltung eines internationalen Bergarbeiterkongresses statt. Die britischen Bergarbeiter waren durch Smillie und Hodgess vertreten. Die deutschen Delegierten trafen ebenfalls schon heute morgen ein. Nur Dué, der auch erwartet wurde, ist bis jetzt noch nicht angekommen.

Heute neu!
Freie Welt
* 15 *
20 Pfennig. Vierteljährlich 2,50 Mk.
Bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Theater und Vergnügungen.

Volkshühne, Theater am Bülowplatz. Letzte Woche: Operngastspiel. 7 1/2 Uhr: „Der Kahlbäuer“.

Deutsches Theater. Bis einschli. Sonntag, den 31. August 8 Uhr: Letzte Aufführung: „Das Weib und der Hammermann“.

Kammerspiele. Bis einschli. Sonntag, den 31. August 8 Uhr: Letzte Aufführung: „Das Weib und der Hammermann“.

Römlinggrätzer Straße. 1 Uhr: Kameraden. Donnerstag: Musik (Maria Orsk).

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. Gastspiel Lucie Hölich.

Berliner Theater. 10 Uhr: Die Dame im Frack.

Trion-Theater. 8 Uhr: Zum 348. Male.

Der gute Ruf. von Hermann Sudermann. Sonntag 4 Uhr: Johannistag.

Residenz-Theater. 10 Uhr: Die Dame im Frack.

Das höhere Leben. Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Kottler.

Lessing-Theater. Sonntag, den 1. September 1919. Beginn der Winterzeit.

Deutsches Künstler-Theat. Sonntag, den 1. September 1919. Beginn der Winterzeit.

Rosa-Theater. 7 Uhr: Sommernacht. 9 Uhr: Das nicht sich Föder an.

Wahlhalls-Theater. Täglich: 7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o schöne Zeit!

National-Theater. 8 Uhr: Die Waise. 10 Uhr: Die Waise.

Familie Mannemann. 8 Uhr: Die Waise. 10 Uhr: Die Waise.

Berliner Prater. 10 Uhr: Die Waise. 12 Uhr: Die Waise.

Der heilige Florian. Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varietévorstellung.

Balschmieders Varieté-Garten. Badstrasse 16. Täglich 12 Varieté-Nummern.

Wissenschaft Sommer-Theater. Prenzlauer Promenade 6-8. Täglich 12 Varieté-Nummern.

Grosses Theater-Orchester. Erfüllung der Gärten. Woche: 7 1/2 Uhr, Sonntag: 8 Uhr.

Konkurrenz u. Café Hohenstaufen. Kottbusser Damm 76. Inh. Otto Polmann.

Künstliche Zähne. mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken.

Prozesse. Alexanderstr. 45. Pat. Hofmann, 104. Preis: 100 Mark.

Konkurrenz u. Café Hohenstaufen. Kottbusser Damm 76. Inh. Otto Polmann.

Künstliche Zähne. mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken.

Prozesse. Alexanderstr. 45. Pat. Hofmann, 104. Preis: 100 Mark.

Casino-Theater. Große Stadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten.

Schweizer Lärche. Am Friedrichshain 29/32. Heute Mittwoch ringen: 4 große Entscheidungskämpfe.

Vorgängers-Palast. Groß-Berlin. Hasenheide 13/13. Ringer-Wettstreit.

Der sensationelle Entscheidungskampf Richter gegen Kornatz.

Seebad Wilhelmsruh. Großer schattiger Garten. Jeden Sonntag 11 Uhr.

Auto-Rennen. Täglich: 7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o schöne Zeit!

National-Theater. 8 Uhr: Die Waise. 10 Uhr: Die Waise.

Familie Mannemann. 8 Uhr: Die Waise. 10 Uhr: Die Waise.

Berliner Prater. 10 Uhr: Die Waise. 12 Uhr: Die Waise.

Der heilige Florian. Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varietévorstellung.

Balschmieders Varieté-Garten. Badstrasse 16. Täglich 12 Varieté-Nummern.

Wissenschaft Sommer-Theater. Prenzlauer Promenade 6-8. Täglich 12 Varieté-Nummern.

Grosses Theater-Orchester. Erfüllung der Gärten. Woche: 7 1/2 Uhr, Sonntag: 8 Uhr.

Konkurrenz u. Café Hohenstaufen. Kottbusser Damm 76. Inh. Otto Polmann.

Künstliche Zähne. mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken.

Prozesse. Alexanderstr. 45. Pat. Hofmann, 104. Preis: 100 Mark.

Konkurrenz u. Café Hohenstaufen. Kottbusser Damm 76. Inh. Otto Polmann.

Künstliche Zähne. mit echtem Parakautschuk. Goldkronen u. Brücken.

Prozesse. Alexanderstr. 45. Pat. Hofmann, 104. Preis: 100 Mark.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, im Großen Saal.

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht Dr. Carl Saxon über Theater und Revolution.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bezirk Hohen-Neuendorf.

Öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 28. August, abends 7 Uhr in Vergeltung, Diefenbacher Straße 30.

H. S. P. Charlottenburg. Generalversammlung. Donnerstag, den 28. August, abends 7 Uhr.

Freie Vereinigung aller Berufe (Zündfalken). Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Lindenstraße 88/89.

Achtung! Bauanschläger! Achtung! Donnerstag, d. 28. August 1919, abends 6 Uhr.

Branchen-Versammlung der Bauanschläger. im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15 (Saal 3).

Verammlung aller in den Betrieben der Stempelbranche.

Branchen-Versammlung sämtlicher Kollegen und Kolleginnen der Schwarzblech-Betriebe.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Verammlung aller in der Knopf- und Knopffabrik-Industrie.

Zahngebisse bis 300 M. Zahnstifte 1,70 bis 11 M.

Achtung Freiheitleser!

in den Straßenzügen Landsberger Straße 1-63 und den dazwischen liegenden Straßen bis zur Prenzlauer Allee.

Zähne 3 Mark!

Friedens-Kautschuk. schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.

Zahnpraxis Hatvani. Echte Goldkronen von 30 Mark an. Keine Luxuspreise.

Möbel! Sonder-Angebot! Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer.

Einmaliges Angebot! Fahrräder komplett m. Gummi bereift.

Soeben eingetroffen: Grosse Mengen Pneumatiks!

Decken..... Stück von M. 45 an. Auslandsschluche 8t. von M. 46 an.

Wilhelm Erbert. Berlin C, Prenzlauer Str. 46. In großer Auswahl und guter Ausführung.

Möbel. In großer Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit!

Zahnarzt Falkenstein. Wissenschaftliche anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie.

Dynamoarbeiten. Konfektmaterial, Installationsmaterial, auch Elektromotoren.

Freiheitleser. In den Straßenzügen Landsberger Str. 1-63.

Speisezimmer

Eiche, schwere, solide Arbeit, komplett mit Zugschloß und Stühlen.

M. 3225.— an. Stolzmann, Belle-Alliancestr. 100.

Piano

Wandermandoline 4.—, Mandoline 12.—, Konzertpiano 125.—.

Mandoline Laute, Gitarre. Wandermandoline 4.—, Mandoline 12.—.

Zigaretten. englische wie deutsche nur bekannte Marken.

Schlafzimmer. Speisezimmer, evtl. auch für die richtige Ausstattung.

Küchen. solange Vorrat reicht Mk. 360.

Abwasser-Pumpen. In- und Auslandsfabrikate.

Die moderne Elektrik. Packlochbuch 1. Rangos Mk. 17,65.

Elektromotoren. Gleichstrom 11 Devolvo.

Landhaus. Grundstück 175 M. 2000.

Kranke Ziegen. Kautschuk, Gummibänder, Gummis.

Zigaretten-Verkauf. große Posten gibt ab Lampe, Tabak, private.

Dynamoarbeiten. Konfektmaterial, Installationsmaterial.

Freiheitleser. In den Straßenzügen Landsberger Str. 1-63.

Freiheitleser. In den Straßenzügen Landsberger Str. 1-63.

Freiheitleser. In den Straßenzügen Landsberger Str. 1-63.

Freiheitleser. In den Straßenzügen Landsberger Str. 1-63.

Verhältnissen, auch bei Festlegung der Löhne für Arbeiter, die nicht im Werke ihrer vollen Arbeitskraft sind, gesichert.

In der Diskussion wurde der Versuch der Arbeiter zur Schlichtung ohne Mithilfe der Arbeitnehmerschlichtungsstelle ein Tarif eingeleitet, gebrochenermaßen. Während die Arbeitgeber derselben, die Löhne abzubauen, fordern sie von der Kammerpreise Preise von 300 bis 330 Mark für ein Paar Stiesel noch Maß, wobei dann schließlich auf die angeblich hohen Arbeitslöhne hingewiesen wird. — Mit der Ermüdung, daß für Arbeiterinnen ein Stundenlohn von 2.50 M. gefordert wird, wurde den aufgestellten Forderungen zugestimmt und die Bezugsleiter mit den Tarifverhandlungen beauftragt.

Eine Resolution, die das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen den Berliner Volksgesundheitsrat auf scharfste verurteilt, wurde einstimmig angenommen.

Die Transportarbeiter in der Metallindustrie lobnen den Schiedspruch ab.

Eine Auktion nach Besuche Versammlung der Väter, Väter, Hüter, Hof- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen aus der Berliner Metallindustrie nahm Montag im Berliner Gewerkschaftshaus zu dem am 21. August 1910 gefällten Schiedspruch durch den vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß Stellung. Er om te vom Deutschen Transportarbeiterverband als Verhandlungsbevollmächtigter ersetzte den Bericht und wies in längeren Ausführungen auf die vielen Schwierigkeiten hin, die bei den Verhandlungen in Erscheinung getreten waren. Von den ursprünglich gestellten Löhnen 5.20 M. für gelernte, 4.20 M. für angeleitete und 3 M. für ungelernete Arbeiter müßte nicht halb abgegangen werden. Da die Arbeitgeber die Eingruppierung der Arbeiterschaft in sechs Lohnklassen anstrebten, so hat der Schlichtungsausschuß durch Schiedspruch entschieden, es bei fünf Lohnklassen zu belassen. Der Schiedspruch selbst mit allen seinen Einzelheiten ist bereits vor einigen Tagen durch die Presse bekannt gegeben worden. Hier die Transportarbeiter besteht der große Nachteil, daß der höhere Teil Kollegen in die Klasse V zu 2.30 M. pro Stunde und zu drei mal 5 Pf. Lohnzulagen gelangen, was gegenüber den anderen Klassen ein gewaltiger Nachteil bedeutet.

In der Diskussion wurde der Schiedspruch insoweit kritisiert und für unannehmbar erklärt. Eine Resolution, in der die Ablehnung des Schiedspruches Ausdruck gegeben wurde, und in der auch die gelehrten und angeleiteten Arbeiter ermahnt wurden, das gleiche zu tun, fand einstimmige Annahme.

Anschließend wurde die Wahl einer acht Mitglieder Kommission gewöhlt, die den Auftrag erhielt, in der Generalversammlung der Metallarbeiter im Sinne der Resolution für die Ablehnung des Schiedspruches zu wirken.

Verband der Textil- und Steinbruderer-Gewerkschaften und Arbeiterinnen Deutschlands (Hauptstelle Berlin). Die am 21. August stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Bericht vom Gewerkschaftskongreß, den der Vorsitzende Bloch gab. In der Diskussion beurteilte Kraus die Politik der Gewerkschaftskommission, alle weiteren Redner verurteilten aufs Wort. Wegen einige Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die auf das Entschiedenste die von der General-Kommission der Gewerkschaften betriebene Politik während des Krieges verurteilt und sich gegen Arbeitsgemeinschaften und für den Ausbau des Räte systems in politischer und wirtschaftlicher Beziehung erklärt. — Am 21. August läuft das Lohnabkommen mit den Prinzipalen ab, weshalb neue Forderungen aufgestellt wurden, welche nach eingehender Diskussion gegen 1 Stimme angenommen wurden. — Unter der Gründung eines Unternehmungskommissiones referiert der Kassierer Baumgarten. Nach längerer Diskussion, in der eingehend das für und Wider erörtert wurde, wies die Versammlung den Vorschlag des Kassierers wegen der festzusetzenden Beiträge diesen zurück.

Groß-Berlin.

Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Der Entwurf über die Schaffung einer Groß-Berliner Einheitsgemeinde wird nach Abänderung einiger Bestimmungen der ersten Entwurfs Ende September der preussischen Landesversammlung vorgelegt werden. Er soll bestimmt am 1. April 1920 in Kraft treten.

Die Bildungsbefreibungen.

Wie am Sonntag die Bildungsausschüsse des Kreises Teltow in Neuröden, so waren am Sonnabend die Bildungsausschüsse der nördlichen Vororte in der 5. Gemeindefschule in Panlow zu einer Konferenz zusammengetreten. Vertreten waren die Orte: Bernau, Vorstriede, Budaßow, Nieberndorf, Oramentow, Panlow, Rosenthal, Zegel, Waldmannslust, Weischen, Wittman, Heiligensee, Rawitz, Hohen-Neuendorf, Peinerdorf, Hennigsdorf, Glienicke.

Genosse Häbel eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß mit dieser Zusammenkunft keine Sonderabstufung geplant sei. Vielmehr solle nur die Zusammenfassung der in den einzelnen Orten getrennt wirkenden Bildungsbefreibungen erreicht werden. Unbeschadet der Arbeiten des Zentral-Bildungsausschusses von Groß-Berlin müsse eine Zentralkomitee geschaffen werden, die den Bildungsausschüssen der nördlichen Vororte mit Rat und Tat zur Seite stehen solle.

In einem äußerst gehaltvollen fesselnden Vortrag schilderte Genosse Kestenberg die Bedeutung der Kunst in der sozialistischen Gesellschaft. Die Erziehungsmethoden der Vergangenheit haben das Geschäftsleben der Menschen nicht zur Entfaltung kommen lassen. Die Bewirkung des Sozialismus verlangt aber eine mit der Lebensentwicklung des Individuums gleichlaufende Pflege des Geschäftslebens. Das Geheimnis der Erfolge aller großen Dichters, von Moses bis Kapotein, ist darin zu finden, daß sie es verstanden haben, die Gefühle der Massen ihren Zwecken dienstbar zu machen. Große Volksbewegungen sind nicht denkbar ohne die Anrufung des Geschäftslebens der Massen, dessen Entfaltung zu bewirktem Leben die Aufgabe der Kunst ist, in welcher Gesellschaft sie auch immer an uns herantritt. In diesem Sinne ist die Kunst ein revolutionärer Faktor, dessen Pflege zu unseren vornehmsten Aufgaben gehört.

Diskussion und Prozedur gaben dem Genossen Kestenberg Gelegenheit, den Begriff Zentralkomitee zu erläutern. Daraus behandelte Genosse Kaufmann, Reinickendorf in einem längeren Vortrag die Aufgaben der Bildungs-ausschüsse. Nachdem er die von den Gemeinden zu leistende Bildungsarbeit gestreift, wozu auch die Schaffung einer Volkshochschule und eines Volksbildungsausschusses gehöre, ließ er die wichtigsten Punkte unserer Partei-Bildungsarbeit deutlich hervortreten. Die Hauptsache sei jedoch nicht, recht viel zu bieten, sondern den Bewirkungen, wie wenig es auch seien, einen wahrhaft sozialistischen Gehalt zu geben. Wegen der vordringenden Zeit wurde von einer Diskussion abgesehen und ein Aktionensauschluß gewählt, dem die sofortige Aufstellung eines Aktionsplans vortragen wurde. Dem Aktionsauschluß gehören an die Genossen Kaufmann, Reinickendorf, Koch, Middel, Heber, Böhme, Pfeiffer, Müller, Grottel.

Schradel, Panlow, Hilscheffmer-Reinickendorf, Thomag-Riegel und die Genossen Schäbler-Rosenthal. Einwoige Aufschriften sind vorläufig zu richten an den Genossen Georg Kaufmann, Reinickendorf, Grottelstraße 28.

Sie halten auf Ordnung.

Die Reichsbahnpolizei ist dazu da, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Welcher Art diese Ordnung ist, kann überall da festgestellt werden, wo sie in der Erscheinung treten. Weisens begabten sich einige Angehörige des Volksgesundheitsrats nach den Seiten 23, um einige Feststellungen zu machen. Sie mußten wahrnehmen, daß in ihrer Anwesenheit in unvorstellbarer Weise gehandelt worden war. Die Schranke und verschlossenen Wälder waren erschossen, der Inhalt herausgerissen; teils waren Ähren herumgerollt, teils mit Gewalt in die Häuser hineingeworfen. Ferner mußte festgestellt werden, daß Stücke fehlten; Eigentum von Angehörigen war verschunden. Wie in einem Döckler sieht es doch aus. So hält man auf Ordnung. Es ist doch etwas Herliches um diese Ordnung. Man wird uns in der Tat darum beneiden. Diese Ordnung macht uns so feiert niemand nach, so wenig wie früher den preussischen Beamten.

Tuberkulosefürsorge.

Wir erlauben von Herrn Professor Dähmsen folgende Zuschrift:

„Hiermit bitte ich Sie, zu Ihrem Artikel „Dr. Friedmanns Verdienste“ in der Nummer 331/176 vom Donnerstag, den 14. August, einige kritische Bemerkungen machen zu dürfen.“

Der Artikel spricht zunächst davon, daß ich in meiner zu Ehren von Friedmann verfaßten Zeitschrift eine scharfe Melodie für die „Friedmannsche Tuberkulosefürsorge“ gemacht hätte. Hierzu bemerke ich folgendes: Meine an Dokumenten und Tatsachen gegründete Schrift hatte in erster Linie den Zweck, einer Forderung zu möglichster allgemeiner Anwendung zu verhelfen, die ich auf Grund eigener, ausgebreiteter Beobachtungen an den von Professor Friedmann behandelten Kranken für eine der größten medizinischen Entdeckungen halte. Diese Beobachtungen haben mich, wie auch die anderen Ärzte, die nach Friedmanns Verfahren mit seinem von dem Leipziger Professor der Ophth. K. Aule, fortlaufend auf Reinheit kontrollierten Mittel behandelten, zu folgenden Schlüssen geführt: 1. Das Mittel ist unschädlich. 2. Es schützt vor dem Ausbruch der Tuberkulose. 3. Es heilt die beginnende Lungentuberkulose und die sogenannte chirurgische Tuberkulose.

Das Friedmannsche Mittel gewährt, daher tatsächlich die Möglichkeit, die Tuberkulose allmählich auszuheilen, wenn das Publikum über die Anfangsbekämpfungen der Lungentuberkulose und der Struvischen Tuberkulose und über die Nachteile unterrichtet wird, daß es ein Mittel ist, die Tuberkulose in ihrem Beginn höher zu stellen.

Soll das eine Melodie sein, wenn man die Menschheit von dem Würgengel der Tuberkulose befreien helfen will, so will ich mir dieses herabschwebende Wort gern gefallen lassen — denn ich würde es mit zur Ehre anrechnen, falls ich durch meine Schrift die Bekehrung dieser Seelverlore fördern würde! Friedmann selbst trifft ein ehrwürdiger Vorwurf der Melodie keinesfalls, da er seit 1914 nichts über seine Methode veröffentlicht und mit nur spärlich und erst dann die Unterlegen für meine Schrift gegeben hat, nachdem ich ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß es im Interesse der leidenden Menschheit keine Pflicht sei, seine Methode zum Wohl der Allgemeinheit im Kampfe gegen die alte Weltanschauung — die ohne eigene Erfahrungen wie Blinde von der Ferne reden — zum Einsatz zu bringen.

Was die beanstandeten Impfungen kleiner Kinder anlangt, so sind diese von Friedmann erst vorgenommen, nachdem bereits tuberkulöse erkrankte Kinder in derselben Anzahl durch das Mittel geheilt waren, ohne daß es irgendwelche schädliche Nebenwirkungen ausgedeutet hätte: Und der Erfolg, der doch schließlich das allein Maßgebende ist, war der, daß bei den schwächelnden Kindern ein erheblicher Tuberkulosestauung ergiebt wurde! Ebenso wie andere Ärzte in der Fachliteratur die Wirksamkeit der Tuberkulose-Schutzimpfung bestätigt haben, so sehe auch ich bei Professor Friedmann immer wieder tuberkulöse Eltern, die im Anschluß an ihre eigene Behandlung ganz von selbst eine Schutzimpfung ihres einzigen überlebenden Kindes erwidern, nachdem ihre anderen Kinder an tuberkulöser Hirnhautentzündung oder anderen tuberkulösen Erkrankungen verstorben waren.

Jeder Angriff auf Herrn Kollegen Wehl hat mir ferngelegen; da sich, wie ich jetzt herausgestellt hat, die damalige Kritik Wehls in der Berliner Stadterordnetenversammlung nur gegen eine formale Inkorrektheit Professor Wehls richtete, so war Herr Wehl durchaus in seinem Recht!

Durch Diskussionen in der Tagespresse kann der Wert oder Unwert medizinischer Forschungsergebnisse niemals erwiesen werden. Wir schließen deshalb mit dieser Zuschrift Professor Dähmsens, der ja selbst anerkennt, daß die Angriffe auf Dr. Wehl unbegründet waren, die Erwiderung über das Friedmannsche Tuberkulose-Mittel freigelegt, daß heute über den Wert des Mittels in medizinischen Kreisen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Desto notwendiger ist es, daß der Ausbau der hiesigen Maßnahmen und insbesondere der Wohnungsfürsorge im Interesse der Bekämpfung der Tuberkulose feste Förderung erfährt.

Erweiterung der Gasperte.

Die Kohlenpreise Groß-Berlin teilt mit: Die Kohlenbestände auf den Groß-Berliner Gasanstalten sind durch die Verminderung der Zufuhren infolge der Streiks in Oberschlesien auf 33 000 Tonnen gesunken gegenüber einem Bestand von 67 000 Tonnen am 1. August d. J. und von 180 000 Tonnen am 1. August des Vorjahres. Da auch für die kommenden Monate und den Winter nicht mit den Eingängen des letzten Jahres gerechnet werden kann und da unter diesen Umständen ein völliges Erliegen der Groß-Berliner Gasversorgung zu befürchten wäre, hat sich der Kohlenverband Groß-Berlin zu weitgehenden Anstrengungen des Gasverbrauches gezwungen gesehen. Die Gasperrückenden werden deshalb schon von Donnerstag dieser Woche ab erheblich ausgedehnt werden. Die Abgabe und Entnahme von Gas hat von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 7 Uhr nachmittags zu unterbleiben. Nach 10 Uhr abends wird der Gasdruck so weit herabgesetzt werden, als es sich mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Beleuchtung noch irgend verträglich. Alle Haushaltungen sollen erneut darauf hingewiesen, daß zu Beginn der Sperrzeiten die Gashähne zugedreht werden müssen, damit nicht nach Beendigung der Sperrzeit das Gas in die Zimmer fliehet. — Der Betrieb von Wasserdampfmaschinen wegen des sehr erheblichen damit verbundenen Gasverbrauches gang untersagt werden. Die Gasanstalten haben Auftrag erhalten, die Oefen zu plumbieren.

Auch die Zufuhren von Reis jeglicher Art sind weit geringer geblieben als im Vorjahr, so daß die Reiskommunikation der Sammelversorgungsanstalten nur mit den größten Schwierigkeiten und in wesentlich verminderten Umfang möglich ist. Diesem bedauerlichen Umstand muß durch eine Einschränkung der Warmwasserabgabe und zentralen Warmwasserbereitungsmaschinen Rechnung getragen werden. Die Abgabe von Warmwasser darf deshalb künftig nur noch am 1. und 3. Freitag jedes Monats ab 3 Uhr nachmittags bis zum darauffolgenden Sonntag 3 Uhr nachmittags erfolgen. Die durch diese Maßnahmen erforderten Aufstellungen sollen es ermöglichen, daß wenigstens die

Sammelförderung während der Wintermonate einigermaßen erzielt werden kann. Erhebungen über die Frage einer etwaigen Minderung der Heizpreise wegen dieser Einschränkungen sind noch nicht abgeschlossen.

Koste an der Arbeit.

In der Wohnung des Gen. Kleinschmidt wurde gestern abend eine Hausfuchung abgehalten. Obwohl bei dieser nichts gefunden wurde, versuchte man den Gen. Kleinschmidt zu verhaften. Gekühlerweise entging dieser den Händen. Obwohl eine Anklage zu befürchten, kein Grund vorliegt, wäre doch eine längere Schließung ein bequemes Mittel, den Gen. Kleinschmidt in seine Tätigkeit „unschädlich“ zu machen.

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion der Charlottenburger Stadterordnetenversammlung hat zwei Anträge eingebracht. Der eine lautet von der Reichsregierung schleunigste Vorlegung des Gesetzesentwurfes über die Kommunalfiskalisierung, der andere ersucht den Magistrat, im Interesse der Charottenburger Bevölkerung gegen die verabschiedete Militär-Tarifierung der Polizei-Großlok zu erheben. Beide Anträge dürften in der ersten Sitzung der Stadterordnetenversammlung nach den Ferien verhandelt werden.

Als Protest gegen die neue Gewerkschaftsgesetze gegen die Berliner Arbeiterschaft, welche die Arbeiter der verschiedenen Werke, Groß- und Kleinbetriebe, getrennt eine gemeinliche Betriebsversammlung ab. Gewe 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen loszudecken gesondert den Ausführungen der beiden Reichstagen, Genossen Kersch und Kersch vom Volksgesundheitsrat, die die Vorgänge gegen den Volksgesundheitsrat ausführlich schilderten. Die Versammlung, die zu den wichtigsten gehört, hat unter anderem beschlossen, daß, wenn die Arbeiter die Wahlrechtsgesetze, nicht eher zu sehen, bis die Arbeiterschaft den Sieg errungen hat, trotz einem Koalitions. Die Arbeit wurde um 12 Uhr wieder aufgenommen.

Aus der Neufürstener Stadterordnetenversammlung. Unser Neufürstener Reichstagsabgeordneter schreibt uns: In Nummer 481 des „Vorwärts“ steht ein ungenannter rechtssozialistischer Schmeißer unter der Überschrift „Die Blamagen in Elbogen umgelenken werden“ vom Lohber. Die ganze Spießel artet in ein wildes Geschwätz aus gegen die Reichsregierung und gegen die Unabhängige Stadterordnetenversammlung. „Müde Arbeiter“, „nichtwissende und arrogante unabhängige Stadter“, „Politikanten“ und „Krautseiler“ sind die Ausdrücke, mit denen der Herr nur so um sich wirft. Hinter alledem verbirgt sich nur die Absicht, die Arbeiter, die man sich am liebsten an Bezug auf den kommunalen Arbeitererrat geholt hat. Aber was es vielleicht ein „Ei“? Ist nicht, daß der Bericht in der „Freiheit“ so objektiv wie nur irgend möglich war; oder vermag der Herr vielleicht noch Einzelheiten aus den Ausführungen des Herrn Kersch, daß von einer Vertiefung der Neufürstener Bevölkerung nichts zu merken sei, weil ein junger Mann auf der Kutschbahn 60 Mark verpulvert haben soll oder ein Teil der Arbeiter die Unterstützung in Charlottenburg verweigert? Was die Ablehnung des Staats anbelangt, so mag sich der Herr die Gründe für die Ablehnung bei seinen Fraktionsgenossen holen, welche ebenfalls für die Ablehnung waren; oder sind das auch „Politikanten“ und „Krautseiler“?

In Potsdam ist der Oberleutnant im 1. Garde-Regiment von Plüschow in einem Zimmer unter natürlichen Umständen tot aufgefunden worden. Die Leiche war an Händen und Füßen gefesselt und hing an einem Strohballen, die neben der Tür an einem Nagel befestigt war. Es liegt scheinbar ein Mord vor, doch hat die Kriminalpolizei noch nichts ermittelt können.

Lebensmittellieferer.

Rohlfeldensdorf. Auf Abschnitt 77 der Groß-Berliner Lebensmittelliefererliste, auf Abschnitt 77 der Groß-Berliner Lebensmittelliefererliste, Karte 200 G. Weislerstraße. Nachmittags bis Freitag abend bei den Händlern und in den sonstigen Verkaufsstellen abzugeben. Auf Abschnitt 76 600 Gr. Gruppen. Abschnitt 75 Freitag, 22. August, abzugeben. Auf Abschnitt 76 150 Gr. Orlos und 100 Gr. Stückmarkt. Abschnitt 75 bis Dienstag, 2. September, abzugeben. Auf Abschnitt 76 hat Hüllensfrucht 250 Gr. Hüllensfrucht. — Zur vollständigen Beachtung! Wenn jemand eine Voranmeldung auf Lebensmittel für Grund eines Abschnittes der Lebensmittelkarte bei seinem Händler nötig ist, so gleich als seiner Bestellung. Der Voranmeldende kann verpfändert, die Ware beim Verkauf abzugeben. Die Kunden sollen daher die Ware nur annehmen, die sie ihrem Händler tatsächlich abnehmen wollen.

Hüllensfrucht. Die vorangemeldeten Hüllensfrucht, Hüllensfrucht, sowie das Maismehl können am Mittwoch ab bei den Kaufleuten abgeholt werden. In der Woche vom 26. ab werden an Spießel aus gegeben 40 Gr. Butter für 60 Pf., 200 Gr. Margarine für 2.40 Pf. für die laufende Woche werden nicht, wie bekannt gemacht, 7 Pf. Butter für pro Kopf abzugeben, sondern 10 Pf. Der Weizen ein Pfund Kartoffeln beträgt vom 25. d. M. ab 15 Pf.

Aus den Organisationen.

- 6. Kreis, 22. Abt. Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Metzger. 2. Bericht von der Generalversammlung, Mitgliederbuch legitimiert. Charlottenburg, 7. Gruppe. Extra-Tagungsabend bei Türkisch-Walonsfr. 4. abends 7 Uhr.
- Neudölln. Deutsche, Mittwoch abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Rind-Bräuerie. Vortrag des Genossen Kersch. — Der Diskussionsabend des 18. Bezirks findet erst am 3. September statt.
- Weischen, Donnerstag abend 7 Uhr im Lokal von Dr. Engel, Berliner Allee 267, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 2. Internationalis.
- Friedrichsstraße, Deutsche, Mittwoch, den 27. September, Tagungsabend in den bekannten Lokalen.
- Uhlwalde, Freitag abend 8 Uhr Extra-Tagungsabend bei Reichlerstraße, Regensburg. Deutsche, Mittwoch, den 27. August, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Genossen Heber, Königental, Siemensstraße, eine Mitgliederversammlung der obengenannten Ortsgruppe statt.
- Zeuthen-Alersdorf-Nau-Schulzenhof. Deutsche, Mittwoch, den 27. August, abends, pünktlich 8 Uhr, im Lokal des Genossen Paul Engel, Zeuthen, Dorsfr. 8, Versammlung. Referat über: Aufgaben des Kollektivens.

Berlinolender.

- St. M. 50b Spanbau. Gewerk Dr. II trifft sich betrefse Nachzahlung heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Reichlerstraße, Regensburg. (Selbst.)
- Paulmannsche Angehörige der Metallindustrie. Deutsche, Mittwoch abends 7 Uhr, Versammlung in der Weißerscheffchen, Kaiser-Wilhelmsstraße 11. Stellungnahme zum Tarifvertragsantrag.
- Inter. Bund d. Kriegsbef. u. Interf. Ortsgruppe Charlottenburg. Donnerstag, den 26. August, abends 7 Uhr, Wahlf. 96 bei Werner, wichtige Besprechung sämtlicher Funktionäre. Ortsgruppen bringen erforderlich.
- Aut. Bund der Kriegsbef. Ortsgruppe, Dienstag, 22. August, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Mittwoch abends 7 Uhr in „Augusta-Str.“
- A. U. D. Reichstagsabgeordneter. Am Donnerstag, den 23. August, Funktionärsitzung.
- Teile jug. Jugend Neudölln. Mittwoch abend 10 Uhr werden Ortsratliche Generalversammlung im Jugendheim, Regalftr. 15. Wichtigste Tagesordnung!
- Jugendliche Betriebskommissionen und Schillerkreise der Koch- und Fortbildungsschulen. Donnerstag abend 11 Uhr Vollversammlung im Jugendheim.

Verantwortlich für die Redaktion: Friedrich Wilsch, Neudölln, Betriebsratliche, Regalftr. 15, m. B. Berlin. — Druck der Reichsdruckerei und Verlagsanstalt m. B. D., Schillergasse 10.